

Nummer 284 - 25. Jahrgang

imal wöch. Bezugspreis für Dejbr. 3.00 M. einschl. Postporto. Anzeigenpreise: Die 1gsp. Petitzelle 80 J., Stellengefach 20 J., Die Petitzelkramzelle, 80 Millimeter breit, 1 M. Olleriergebühren für Selbstabholer 20 J., bei Übersezung durch die Post außerdem Portogutschlag. Einzel-Nr. 10 J., Sonntags-Nr. 15 J. Geschäftl. Teil: Friedrich Rieger in Dresden.

**Petzmeden**  
Umarbeitung  
Reparatur  
Aufbewahrung  
**A. Vonier**  
Dresden  
Strehlener Str. 8  
Ruf 48477

# Sächsische Festschrift

Donnerstag, 16. Dezember 1926

Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anzeigenaufrüthen u. Leistung v. Schadenerstatt. Für unendl. u. d. Fernruf übermittl. Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Unverlangt eingeholte u. m Rückporto nicht vorbehaltene Manuskripte werden nicht aufbewahrt. Sprechstunde der Redaktion 2-3 Uhr nachmittags. Hauptanschrift: Dr. Joseph Albert, Dresden.

**Preiswerter  
Pelze**  
Eigene Auffertigung  
**O. Friedrich**  
**Dresden A.**  
Pillnitzer Str. 46  
Fernruf 22472

Für christliche Politik und Kultur

# **Linoleum Teppiche**

# C. Anschütz Nachf.

**Läuferstoffe  
Diwandecken  
Reisedecken  
:: Felle ::**

# Das fallende Spiel des Sängers Michaelis

Michaelis mißlungene „Rechtfertigung“ vor dem Untersuchungs- Ausschuß — wie der Polizist brüskiert wurde — Das verheimlichte „Geheimschreiben“

gescheitert. Da ist der juridisch ernste Endpunkt, der eine außerordentlich schwere Zulage des Kanzlers Michaelis in sich birgt.

Wünsche wußte man diese alteumwüngigen Anstellungen nichts anderes zu erwarten, als daß die offizielle Zeit-

## Zentrum und Wenden

Von Prälat Prof. Dr. S. d. e i b e r (Münster), M. d. R.

Die wendische Tageszeitung „Serdzhe Romany“<sup>1</sup>, Bautzen, hatte in ihrer Nummer 281 vom 3. Dezember einen Artikel „Freunde der Lausitzer Wenden im Deutschen Reichstag“ gebracht, der Verhandlungen des Haushaltsausschusses des Reichstages in hergehender Weise niedersetzte. U. a. wurde gefragt, es sei beantragt worden, „einige Millionen zur beobachteten Verstärkung der mündlichen Sprache in der Lausitz zu bewilligen“. Neben dem Sozialdemokraten Dr. Graumann habe der Vertreter des Zentrums, Dr. Schreiber, „der Bruder des Bischofs in Bautzen“, diesen Antrag unterstützt. In Nummer 282 hat die „Zerstörte Romany“ inzwischen diese irrtümlichen Angaben selbst zum größten Teile richtiggestellt und ausgegeben, daß „die Wenden dafür bemüht waren, daß die Zentrumspartei niemals feindliche Wörter gegen die Wenden unterstützt hat.“ Das Blatt macht nun den Reichstagsabgeordneten Schreiber verbindlich für den angeblichen wendenfeindlichen Antrag verantwortlich. Dr. Schreiber hat aber tatsächlich einen solchen Antrag gar nicht gestellt. Wie die Dinge wirklich liegen, zeigt die folgende Auskunft, die mir von dem Abg. Dr. Schreiber erhalten ist:

Am Haushaltsausschusß des Reichstages ist am 2. Dezember verhandelt worden über „besondere Maßnahmen zur wirtschaftlichen und kulturellen Förderung der östlichen Grenzgebiete Preußens“ auf Grund der Verhandlungen, die im Ostauschuß des Reichstages stattfanden. In den Verhandlungen des Staatsausschusses war ich überhaupt nicht beteiligt. Dagegen habe ich in der Haushaltssitzung vom 2. Dezember 1926 zweimal zu diesem Gegenstand das Wort genommen. Bei meinen ersten Ausführungen Seite 4 des Protokolls habe ich mich als Berichterstatter des Haushaltsausschusses über die formelle Seite dieses „Zwölf-Programms“, das „die besonderen Maßnahmen zur wirtschaftlichen und kulturellen Förderung der östlichen Grenzgebiete Preußens verfügt“, überhaupt nicht über die Wenden geäußert, sondern über das Zwölf-Programm, so weit es die Universitäten Königsberg und Breslau betrifft. Ferner habe ich darauf hingewiesen, daß die philosophisch-theologische Fakultät in Braunsberg berücksichtigt werden müsse; überdies habe ich mich zu dem Antritt der Verhörsichtlinien der Nordmark geäußert und erfaßt den gestellten Antrag zurückzustellen bis zum Etat 1927. Außerdem habe ich zu der freie Sitzung genommen, ob Ponern Grenzgebiete besitze, die eine besondere Betreuung verlangen und habe die letztere Ansicht und Begrundet. Von den Wenden habe ich in diesem Zusammenhang mit keinem Wort gesprochen.

Zum zweiten Male habe ich nach Seite 8 des Protokolls das Wort genommen und darauf hingewiesen, daß ich die Meinung meines Fraktionsfreundes Erßling unterstütze, daß man ein gesetziges Interesse für die deutschen Grenzgebiete nicht bloß für Ostpreußen ausschließen darf, man müsse dann auch andere Grenzgebiete betreuen und pflegen. Der Abgeordnete Erßling habe die Aufmerksamkeit auf Baden gelenkt. Es sei ein Urding, daß die Schüler der Gewerbeschule in Schleiz noch Straßburg gehen mühten. Andererseits hatte der sächsische Bevollmächtigte zum Reichsrat, Gesandter Dr. Gräfinnauer, auch die Wünsche des Freistaates Sachsen vorgebracht. Man müsse deshalb, weil Baden und Sachsen den Anspruch erhöhen, auch als Grenzgebiet zu gelten, den Begriff der Grenzbetreuung also weiter ziehen. In dieser Hinsicht habe ich lediglich bemerkt, daß die Pflege der sächsischen Wendebuden ein wichtiges Problem sei. Das ist auch sicherlich eine Feststellung, der kein Wende etwas entgegensetzen darf. Die Wendebuden werden doch nicht wünschen, daß sie als „quantité négligeable“ behandelt werden. Somit habe ich mich weder gegen noch für die Wendebuden mit irgend einer konkreten Neuerung gewandt, sondern lediglich darauf hingewiesen, daß die Wendebuden als bedeuten des Problem zu erörtern sind. Das ist eine völlig logale Feststellung, die niemanden verlegen kann, weder auf deutscher noch auf wendischer Seite. Wenn in der „Sorbischen Rundschau“ von einem Anfall gegen das Wendentum, den ich unternommen haben soll, gesprochen wird, so ist das eine Erfindung. Das amtliche Protokoll weiß nichts von solchen Ausführungen. Wenn weiter behauptet wird, daß ich mich nach Bundes-

Aus dem Reichstag wird uns gehärrt: "Wo eine Gestalt aus unheiliger Zeit ist im Untersuchungsausschuss des Reichstages, der sich in den Urhoden des Zusammenbruchs zu beschäftigen hat, der Reichskanzler Michaelis einzuladen und vernommen werden Michaelis war der unglückselige Nachfolger des Kanzleis Bethmann Hollweg. Diese kann hatte, wie man jetzt weiß, es in der Hand, den Krieg um mindestens ein Jahr zu verlängern und 2 mit Millionen Menschen, Leben, Gut und Blut zu ersparen - war dazu bereit, die vom Papst eingeleitete Friedensaktion zu einem Ergebnis zu bringen. Nachdem Michaelis durch seine folgenschwere Anehnung zur Friedensresolution des Reichstages durch die Worte: "Sie lob sie aussösetz" sich nicht nur das Misstrauen der deutschen, sondern auch der gesamten ausländischen Öffentlichkeit erregen hatte, sahen es notwendig, seine Amthandlungen durch einen sogenannten Siebener-Ausschuss des Reichstages kontrollieren. Michaelis hat aber mit diesem Ausschuss ein dodes Spiel gefriert und damit den Reichstag und das zivile Volk selbst hinuntergezogen.

Von dieser durchbar schweren Anklage, unter der Michaelis  
nicht lebt, hat er sich auch bei seiner Vernehmung im An-  
schluß nicht reinigen können. Er stellte sich — man hatte ohnehin  
in Eintracht das wäre es offensichtlich geschehen —, als hilflos, ja  
gar als beschönigt in der Aussistung über die Tragweite ge-  
genüber Dinge hin. Mit heimender Erschütterung hörte man den  
Zornen dieses Mannes zu, dem in entscheidender Stunde des  
entzündlichen Krieges und Fallos Schicksal anvertraut war. Und  
man sah sich bewußt, welch ein verhängnisvoller Kührrill mit  
Verurteilung dieses Mannes an die Spitze des Staates erfolgt

Michaels mussie (wie wir j. T. bereits gestern berichtet haben) gaben, daß er den Siebenet-Knöschuh des Reichstages für die pünktliche Friedensabschluß und die Belandung die für uns die damalige Reichsregierung zuviel zuweile, nicht hinreichend unterrichtete und daß er die wichtigsten Dinge verkehrt seien. Die Kapitulation war am 1. August 1917 erlassen und sie sich, sowohl Deutschland in Frage hau, auf die am 10. Juli 17 vom deutschen Reichstag beschlossene Friedensresolution, in der der Willen zum Frieden unter Ablehnung von Anzugkriegen im Frieden gebracht worden war. Der damals regierende Kaisere wünschte aber ein klare Antwort bezüglich der Ablösung Deutschlands gegenüber Belgien und diese Klärung war von England beim nämlichen Stuhl gestellte Botschaften und das ist, daß England der Friedensabschluß sich andächtig hat sich nun bekanntlich herausgestellt, daß neben der offiziellen Antwort der deutschen Reichsregierung auf die Friedensabschluß des Papstes ein zweites Schreiben ließ, das Siebenet-Knöschuh überhaupt nicht mitgeleistet wurde. Dieses zweite Schreiben, gerichtet an den Punktus Prezetti lautet in seinen wichtigsten Sätzen folgendermaßen:

„Sind wir mitin im heutigen Stadion der Dinge noch  
richtig in der Lage, dem Wunsche Eurer Exzellenz zu entsprechen  
und eine bestimmte Erklärung über die Absichten der Kaiser-  
lichen Regierung im Hinsicht auf Belgien und auf die von uns  
gewünschten Garantien zu geben, so liegt des Grund hierfür  
keineswegs darin, daß die kaiserliche Regierung grundsätzlich  
der Abgabe einer solchen Erklärung abgeneigt wäre oder ihre  
entscheidende Wichtigkeit für die Frage des Friedens unter-  
schätzige oder glaubte, ihre Absichten und die ihr nunmehr an-  
lich nötig scheinen den Garantien könnten ein un-  
übersteigliches Hindernis für die Sache des Friedens bilden,  
sondern lediglich darin, daß ihr gewisse Vorbedingungen, die  
eine unbedingte Voraussetzung für die Abgabe einer derartigen  
Erklärung bilden, noch nicht genügend gehärtet zu sein scheinen.“

Aus dem Schlussjahr ergab sich ganz klar, daß Michaelis ein falsches Spiel trich, denn entgegen der vom Papste gesorderten und vom Siebener-Ausschluß nediglitten Klarheit über die Haltung Deutschlands gegenüber Belgien wurden hier nun bestimmte "Absichten" und "Forderungen" angemeldet. Darmit war aber die ganze Grundlage der päpstlichen Friedenszahlungen zerstört. Von diesem zweiten Schreiben hat der Siebener-Ausschluß, obgleich erwähnt, überhaupt nichts gehört. So ist erst später, bei dem Studium der Akten, bekannt geworden. Da das Verlangen des Papstes, eine bestimmte Stellungnahme über die belgische Frage zu formulieren, nicht erfüllt war und da ohne diese Formulierung eine weitere Aktion des päpstlichen Stuhles aus-